

Die Menschenrechtssituation im Iran blieb 2019 unverändert schlecht. Die Regierung beschnitt weiterhin massiv die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Die Sicherheitskräfte setzten unnötige und exzessive Gewalt ein, um Proteste aufzulösen, und nahmen friedlich Demonstrierende willkürlich fest.

### ZENSUR UND VERFOLGUNG VON MEDIENSCHAFFENDEN

Alle Arten von Medien unterlagen der Zensur, und ausländische Satellitensender waren weiterhin gestört. *Facebook*, *Telegram*, *Twitter* und *YouTube* blieben blockiert. Die Behörden bestellten *Instagram*-Nutzer\_innen, die viele Follower hatten, wie z. B. Models, Musiker\_innen und Tänzer\_innen, zum Verhör ein. In einigen Fällen wurden sie inhaftiert und ihre Accounts von den Sicherheitskräften übernommen.

Nach heftigen Regenfällen im März und April 2019 waren Millionen Menschen von Überflutungen betroffen. Es gab Kritik an den Behörden, weil es ihnen nicht gelang, ausreichend Hilfsgüter und Material zum Wiederaufbau bereitzustellen. Im April kündigte der Generalstaatsanwalt des Iran an, die Veröffentlichung von "fake news" über die Flutkatastrophe als eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit zu betrachten. Daraufhin meldete die Internetpolizei, sie habe in der Provinz Khuzestan 24 Personen inhaftiert, die in den sozialen Medien "verzerrte Nachrichten und Gerüchte" über die Überflutungen verbreitet und die "öffentliche Meinung beunruhigt" hätten.

Mehrere Journalist\_innen wurden aufgrund ihrer Arbeit strafrechtlich verfolgt und zu Freiheitsstrafen und/oder Auspeitschungen verurteilt. Im Juni 2019 verurteilte ein Gericht den Journalisten **Masoud Kazemi** zu viereinhalb Jahren Gefängnis und einem anschließenden zweijährigen Berufsverbot, weil er in den sozialen Medien Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung erhoben hatte. Die Journalistin **Marzieh Amiri** wurde festgenommen, als sie über die Proteste am 1. Mai berichtete. Im August 2019 verurteilte ein Gericht sie wegen "Verbreitung von Propaganda gegen das System" zu zehneinhalb Jahren Gefängnis und 148 Peitschenhieben. Das Strafmaß wurde später auf fünf Jahre Gefängnis herabgesetzt. Im Oktober 2019 gaben die Revolutionsgarden die Festnahme von **Rouhollah Zam** bekannt. Er war Redakteur von Amad News, einem beliebten Nachrichtenkanal einer Messenger-App und hatte nach Ansicht der



Ein Mann demonstriert die nahezu völlige Abschaltung des Internet während der Demonstrationen im Novem-ber2019.  
© Atta Kenare/AFP

Behörden zu den Protestaktionen im Dezember 2017 und Januar 2018 aufgerufen. Wenige Tage nach der Festnahme sendete das Staatsfernsehen ein Propagandavideo mit einem "Geständnis" des Journalisten.

Während der landesweiten Proteste im November 2019, zunächst gegen die Erhöhung der Benzinpreise, dann gegen die Regierungspolitik insgesamt, schalteten die Behörden das Internet nahezu vollständig ab, um eine Verbreitung von Bildern und Videos zu verhindern, die die Gewalt der Sicherheitskräfte dokumentierten.

### GEWALT GEGEN DEMONSTRIERENDE

Im November 2019 schlugen die Sicherheitskräfte landesweite Proteste gewaltsam nieder und töteten nach Angaben verlässlicher Quellen über 300 Menschen, darunter auch Minderjährige. Viele Menschen starben an Schussverletzungen mit Streumunition, bei denen lebenswichtige Organe getroffen wurden. Tausende Protestierende wurden willkürlich festgenommen. Viele wurden Opfer des Verschwindenlassens sowie von Folter und anderen Misshandlungen, wie Fausthieben, Fußtritten, Peitschenhieben und Schlägen. Hunderte friedliche Demonstranten wurden willkürlich inhaftiert. Gegen einige wurde die fadenscheinige Anklage erhoben, sie hätten die nationale Sicherheit gefährdet. Augenzeugen berichten und Videoaufzeichnungen beweisen, dass einige Gefangene gefoltert und misshandelt wurden, es wurde geschlagen und ausgepeitscht. Einer, der gegen Kautionsfreilassung wurde, hatte Blutergüsse und Schnittwunden im Gesicht. Ein anderes Video zeigt an den Händen gefesselte Gefangene in der Mali Abad-Polizeistation in Shiraz. Sie wurden auf dem Boden liegend geschlagen, gestoßen und getreten. Ins Rajai Shahr-Gefängnis bei Teheran wurden Hunderte Gefangener, darunter Kinder, auf Lastwagen gebracht.

Auch dort wurden die gefesselten Gefangenen von den Sicherheitskräften getreten, ausgepeitscht und geschlagen. Sicherheitskräfte kamen in Krankenhäuser und Gesundheitszentren, um verletzte Demonstranten zu verhaften und sie in Haftzentren zu bringen. Dort wurde ihnen die weitere medizinische Behandlung verweigert. In einem Krankenhaus in Khuzestan wurden die Ärzte gezwungen, die Namen von neu aufgenommenen Patienten herauszugeben. Ein anderer Mann wurde beim



Iranische Sicherheitskräfte feuern Tränengas gegen Demonstrierende in Bushehr am 16.11.2019 © Privat

Verlassen eines Hospitals verhaftet. Er hatte sich dort eine Wunde versorgen lassen. Er sagte, er habe mehrere Menschen mit Schussverletzungen gesehen.

### VORGEHEN GEGEN MENSCHENRECHTLER\_INNEN UND RECHTSANWÄLT\_INNEN

Unabhängige zivilgesellschaftliche Initiativen und Menschenrechtsgruppen blieben verboten. Die Behörden inhaftierten mindestens 16 Personen, die im Juli 2019 offene Briefe unterzeichnet hatten, in denen sie politische und gesetzliche Reformen forderten. Einige von ihnen wurden wegen "Beleidigung des Religionsführers" angeklagt.

Die Behörden gingen mit äußerster Härte auch gegen Menschenrechtsanwält\_innen vor und verfolgten sie strafrechtlich wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit, unter anderem deshalb, weil sie Mandant\_innen verteidigten, die wegen fadenscheiniger Anklagen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit vor Gericht standen.

Im März 2019 wurde die Rechtsanwältin **Nasrin Sotoudeh** zu 33 Jahren und sechs Monaten Gefängnis und zu 148 Peitschenhieben verurteilt. Sie muss zwölf Jahre dieser Strafe verbüßen, sowie weitere fünf Jahre, zu denen sie in einem anderen Verfahren verurteilt wurde. Im Juni 2019 wurde der Rechtsanwalt **Amirsalar Davoudi** zu 29 Jahren und drei Monaten Gefängnis und 111 Peitschenhieben verurteilt. Er muss davon 15 Jahre verbüßen.

### VERFOLGUNG VON GEWERKSCHAFTER\_INNEN

Unabhängige Gewerkschaften blieben weiterhin verboten. Dennoch beteiligten sich immer wieder Tausende Arbeiter\_innen an friedlichen Demonstrationen und Streiks. Sie forderten unter anderem ausstehende Löhne und Rentenzahlungen ein, protestierten gegen schlechte Arbeitsbedingungen und einen niedrigen Lebensstandard und kritisierten die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen führe. Die Behörden inhaftierten zahlreiche Protestierende, klagten sie im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit an und verurteilten viele von ihnen zu Gefängnisstrafen und Peitschenhieben. Am 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit, setzten Sicherheitskräfte unnötige Gewalt ein, um eine friedliche Demonstration in Teheran aufzulösen, schlugen zahlreiche Teilnehmer\_innen und nahmen sie willkürlich fest. Zu den Inhaftierten



Esmail Bakhshi (Mitte) bei seiner Freilassung am 30.10.2019 mit Angehörigen © iranwire

Zu den Inhaftierten

zählten auch die Arbeitsrechtsaktivist\_innen **Atefeh Rangiz** und **Neda Naji**, die wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration zu fünf bzw. fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Im September 2019 verurteilte ein Gericht die Aktivistin für Arbeitnehmerrechte **Sepideh Gholian** zu 18 Jahren Haft und ihren Mitstreiter **Esmail Bakhshi** zu 13½ Jahren und 74 Peitschenhieben. Die beiden hatten sich an friedlichen Protesten wegen nicht ausbezahlter Löhne in der Zuckerrohrfabrik *Haft Tappeh* in der Provinz Khuzestan beteiligt. Bereits Monate vor der Gerichtsverhandlung hatte das iranische Staatsfernsehen erpresste "Geständnisse" der beiden ausgestrahlt. Ende Oktober wurden die beiden gegen eine hohe Kautionsfreigabe freigelassen. Im Dezember 2019 wurde Sepideh Gholians Strafe auf fünf Jahre und Esmail Bakhshis Strafe auf fünf Jahre und 74 Peitschenhiebe herabgesetzt. Noch mussten sie sie nicht antreten.

## VERFOLGUNG VON UMWELTAKTIVIST\_INNEN



Die acht verurteilten Umweltaktivist\_innen

© Citizen Journalists

Die Behörden inhaftierten 2019 zahlreiche Umweltaktivist\_innen. Acht erhielten Gefängnisstrafen von vier bis zehn Jahren, weil sie sich für den Schutz der Umwelt eingesetzt hatten, unter anderem, indem sie die bedrohte Tierwelt im Land erforschten. Sie wurden schuldig gesprochen, "mit feindlichen Staaten zusammengearbeitet" zu haben. Diese Urteile wurden in Berufungsverfahren im Februar 2020 bestätigt.

## RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Das Familienrecht und das Strafgesetzbuch enthalten weiterhin zahlreiche Bestimmungen, die Frauen erheblich diskriminieren, unter anderem bezüglich Eheschließung, Scheidung und Erbschaftsangelegenheiten sowie beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu politischen Ämtern. Die Behörden unternahmen nichts, um die weitverbreitete geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen, wie zum Beispiel häusliche Gewalt sowie Früh- und Zwangsverheiratungen, zu bestrafen. Ein seit Jahren vorliegender Gesetzentwurf, der Frauen vor Gewalt schützen sollte, wurde von den Justizbehörden abgeschwächt und zur Überarbeitung an den entsprechenden Regierungsausschuss weitergeleitet.

Im Mai 2019 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das iranischen Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind, die Übertragung ihrer Staatsbürgerschaft auf ihre Kinder erlaubt. Das neue Gesetz trat im Oktober 2019 in Kraft, nachdem der Wächterrat es ratifiziert hatte. Frauen müssen diese Übertragung jedoch eigens beantragen, und ihre Kinder müssen sich einer Sicherheitsüberprüfung durch das Geheimdienstministerium unterziehen, während die Staatsbürgerschaft iranischer Männer automatisch an deren Kinder übertragen wird.



## VORGEHEN GEGEN „MORALVERSTÖßE“ UND GEGEN FRAUENRECHTLER\_INNEN

Sicherheitskräfte stürmten private Feiern, bei denen sowohl Frauen als auch Männer anwesend waren, nahmen zahlreiche Personen fest und klagten sie wegen Verstößen gegen die "öffentliche Moral" an. Die Behörden gingen auch massiv gegen Frauenrechtlerinnen vor, die sich gegen den diskriminierenden Kopftuchzwang engagierten. Einige von ihnen wurden unter anderem schuldig gesprochen, zur "Enthüllung" aufgerufen und damit "Verdorbenheit und Prostitution geschürt und begünstigt" zu haben, und wurden zu Gefängnisstrafen und Peitschenhieben verurteilt.



Yasaman Aryani

© Privat

Im Juli 2019 erhielten die Aktivistinnen **Yasaman Aryani** und ihre Mutter **Monireh Arabshahi** eine Freiheitsstrafe von je 16 Jahren, die Aktivistin **Mojgan Keshavarz** von 23 Jahren und sechs Monaten. Die drei Frauen müssen 10 Jahre der verhängten Strafen verbüßen. Im August 2019 verurteilte ein Gericht die Aktivistin **Saba Kordafshari** zu 24 Jahren Gefängnis, von denen sie 15 verbüßen muss. Im September inhaftierten die Behörden drei Familienmitglieder der in den USA lebenden bekannten Journalistin **Masih Alinejad**, offenbar als Vergeltungsmaßnahme für das Engagement der Aktivistin gegen den gesetzlichen Kopftuchzwang. Im April 2019 schickte die Polizei Textnachrichten an Autofahrerinnen, die während der Fahrt ihre Kopftücher (Hidjab) abgenommen haben sollen. Die Frauen wurden zum Verhör einbestellt und offiziell verwarnt. Man drohte ihnen, bei einem erneuten Verstoß ihre Autos zu beschlagnahmen.

Die Behörden beharrten auf dem diskriminierenden Stadionverbot, das Frauen den Besuch von Fußballspielen heimischer Clubs untersagte. Iranerinnen, die das Verbot umgingen, wurden festgenommen und strafrechtlich verfolgt. Im Oktober 2019 erhielten 3500 Frauen die Erlaubnis, ein WM-Qualifikationsspiel der Fußballnationalmannschaft im Azadi-Stadion in Teheran zu verfolgen. Dies war eine Reaktion auf den Tod von **Sahar Khodayari** am 9. September. Die junge Frau war angeklagt worden, weil sie versucht hatte, als Mann verkleidet ein Fußballspiel zu besuchen. Sie hatte sich vor dem Gerichtsgebäude selbst angezündet und war wenige Tage später an ihren Verletzungen gestorben.

## DISKRIMINIERUNG ETHNISCHER MINDERHEITEN

Irans ethnische Minderheiten werden weiterhin systematisch diskriminiert. Dies betrifft vor allem ihren Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zu angemessenem Wohnraum. Persisch bleibt die einzige zulässige Unterrichtssprache in Grundschulen und weiterführenden Schulen. Geheimdienste und Sicherheitsorgane beschuldigen Aktivisten, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen, "separatistische Strömungen" zu unterstützen, die Irans territoriale Integrität bedrohen.

Der Menschenrechtsaktivist **Abbas Lesani**, der sich für die Rechte der aserbajdschanisch-türkischen Minderheit einsetzt, wurde im Oktober 2019 wegen "Verbreitung von Propaganda gegen das System" zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er zehn Jahre verbüßen muss.

Zahlreiche arabische Ahwazi, die den Opfern von Überschwemmungen im März/April 2019 in der Stadt Ahvaz freiwillig Hilfe geleistet hatten, wurden Berichten zufolge im Zusammenhang mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit willkürlich inhaftiert.

Die Behörden nutzten die Proteste im November 2019, um gegen Gruppen ethnischer Minderheiten vorzugehen. Zahlreiche arabische Ahwazi, aserbajdschanische Türken, Belutschen und Kurden wurden willkürlich inhaftiert, darunter auch Menschenrechtsaktivist\_innen, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen.

## DISKRIMINIERUNG RELIGIÖSER MINDERHEITEN

Das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit wird sowohl durch Gesetze als auch im täglichen Leben systematisch verletzt. Die Behörden zwingen weiterhin Personen aller Glaubensrichtungen einen Kodex für Verhalten in der Öffentlichkeit auf, der auf einer strikten Auslegung des schiitischen Islams gründet.

Wichtige politische Ämter stehen ausschließlich schiitischen Muslimen offen. Das Recht, seine Religion zu wechseln oder aufzugeben, wird weiterhin verletzt.

Die systematischen und weit verbreiteten Angriffe auf die Glaubensgemeinschaft der Baha'i setzten sich 2019 fort, dazu zählten willkürliche Festnahmen und Haft. Die Behörden ordneten die Schließung von Unternehmen im Besitz von Baha'i an, beschlagnahmten Vermögen von Anhänger\_innen der Glaubensgemeinschaft und verweigerten ihnen den Zugang zu Universitäten und eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Andere religiöse Minderheiten, die in der Verfassung nicht anerkannt sind, wie die Yaresan (Ahl-e Haq) und Erfan-e Halgheh, wurden weiterhin aufgrund der friedlichen Ausübung ihres Glaubens diskriminiert und strafrechtlich verfolgt.

Zahlreiche Gonabadi-Derwische, die 2018 friedlich protestiert hatten, bevor ihre Kundgebung gewaltsam niedergeschlagen worden war, saßen weiterhin in Haft und waren unter anderem wegen "Zusammenkunft und Konspiration zur Planung von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit" angeklagt.

Christ\_innen wurden weiterhin schikaniert, willkürlich inhaftiert und wegen der Ausübung ihres Glaubens verurteilt. Dies betraf auch Personen, die zum Christentum konvertiert waren. Es gab 2019 erneut Razzien in Hauskirchen.

### FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Es ist nach wie vor üblich, Inhaftierte zu foltern und anderweitig zu misshandeln, z. B. in Form von Einzelhaft über lange Zeiträume hinweg. Die größte Gefahr droht Inhaftierten bei Verhören. Die Behörden gingen Foltervorwürfen grundsätzlich nicht nach und zogen die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft.

Folter soll zu mehreren Todesfällen in Gewahrsam geführt oder dazu beigetragen haben. Im September 2019 erfuhr die Familie von **Javad Khosravianian**, dass er in der Haft gestorben war, nachdem er wenige Tage zuvor in Khorrambid (Provinz Fars) festgenommen worden war. Berichten zufolge war er vor seiner Festnahme völlig gesund. Der Chef der Justizbehörde der Provinz ordnete eine Untersuchung des Todesfalles an. Es gab Berichte, wonach mehrere Personen, die bei den Protesten im November 2019 inhaftiert worden waren, in Gewahrsam starben.

Gewaltlosen politischen Gefangenen wurde eine angemessene medizinische Versorgung bewusst verweigert, oft als Strafmaßnahme. Dem Menschenrechtsverteidiger **Arash Sadeghi** wurden weiterhin notwendige Medikamente gegen seine Krebserkrankung vorenthalten, was den Tatbestand der Folter erfüllte. Im Evin-Gefängnis in Teheran führten die Behörden eine neue Strafmaßnahme ein und zwangen gewaltlose politische Gefangene, für medizinische Hilfe außerhalb des Gefängnisses Geld zu bezahlen. Außerdem wurden Familienbesuche stark eingeschränkt.

In einigen Hafteinrichtungen waren Gefangene grausamen und unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Sie waren in überfüllten Zellen untergebracht, hatten nur begrenzt Zugang zu warmem Wasser und litten unter schlechtem Essen, unzureichenden Schlafgelegenheiten, Ungeziefer und mangelnder Belüftung.

### UNFAIRE GERICHTSVERFAHREN

Die internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren werden systematisch verletzt. Das Staatsfernsehen strahlte unter Folter und anderen Misshandlungen erpresste "Geständnisse" aus, und Gerichte erkannten sie als Beweismittel an. Im August 2019 sagte der ehemalige Gefangene **Mazyar Ebrahimi** aus, das Geheimdienstministerium habe ihn und weitere Personen 2012 im Zusammenhang mit der Ermordung von mehreren Atomwissenschaftlern festgenommen und anhaltend gefoltert, um "Geständnisse" zu erpressen, die dann im Staatsfernsehen ausgestrahlt wurden. Der Parlamentsabgeordnete Mahmoud Sadeghi legte daraufhin einen Gesetzentwurf vor, der die Aufnahme und Ausstrahlung von erpressten "Geständnisse" strafbar machen sollte. Es gilt jedoch als äußerst unwahrscheinlich, dass dieser Vorschlag angenommen wird. Im November 2019 sendete das

Staatsfernsehen erpresste "Geständnisse" von Personen, die an den landesweiten Protesten im selben Monat teilgenommen hatten.

In den Verfahren vor den Sondergerichten für Korruption wurde den Angeklagten im Falle einer Gefängnisstrafe ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf verwehrt, im Falle eines Todesurteils hatten sie lediglich zehn Tage Zeit, um ein Rechtsmittel einzulegen. Im Juli 2019 gab die Justizbehörde bekannt, diese Sondergerichte hätten seit ihrer Einführung im Jahr 2018 insgesamt 978 Urteile gefällt, darunter neun Todesurteile und 161 Auspeitschungen.

Die Behörden verweigerten Personen, denen Anklagen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit drohten, während der Untersuchungshaft den Zugang zu einem unabhängigen Rechtsbeistand, einigen wurde sogar während der Gerichtsverfahren ein Rechtsbeistand verwehrt.



Mazyar Ebrahimi © bbc.com

### KÖRPERSTRAFEN

Das islamische Strafgesetz schreibt weiterhin Körperstrafen vor, wie z. B. Peitschenhiebe, Blendungen und Amputationen. Zahlreiche Personen wurden wegen Diebstahls oder Überfällen zu Peitschenhieben verurteilt, aber auch wegen Taten, die laut Völkerrecht nicht strafbar sind, wie z. B. Beteiligung an friedlichen Protesten, außereheliche Beziehungen, Alkoholkonsum oder Teilnahme an Feiern, bei denen sowohl Frauen als auch Männer anwesend waren. Im Juli 2019 musste der kurdische Sänger **Peyman Mirzazadeh** 100 Peitschenhiebe erdulden, die unter anderem wegen Alkoholkonsums gegen ihn verhängt worden waren. Im Oktober 2019 wurde in einem Gefängnis in Sari (Provinz Mazandaran) einem Insassen als Strafe für Diebstahl die Hand amputiert.

### TODESSTRAFE

Zahlreiche Personen wurden 2019 nach unfairen Gerichtsverfahren hingerichtet, einige von ihnen öffentlich. Das „Iran Human Rights Documentation Center“ verzeichnete mindestens 267 Hinrichtungen, von denen die Behörden nur 75 zugaben. Unter den Opfern befanden sich auch Personen, die zur Tatzeit noch minderjährig waren.

Die Todesstrafe wurde nach wie vor auch für Handlungen verhängt, die gemäß internationaler Menschenrechtsnormen nicht strafbar sind, wie z. B. einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen oder außereheliche Beziehungen sowie für vage formulierte Anklagen wie "Beleidigung des Propheten", "Feindschaft zu Gott" und "Förderung von Verdorbenheit auf Erden".

### STRAFLOSIGKEIT TROTZ VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Die Behörden ließen das massenhafte Verschwindenlassen und die Tötung von Tausenden politischen Gegnern im September 1988 ungeahndet. Im Gegenteil: die Verantwortlichen hielten weiterhin höchste Ämter inne, und Personen, die Aufklärung und Bestrafung forderten, wurden selbst wegen „Terrorismus“ und „Verschwörung“ strafrechtlich verfolgt oder bedroht.

Herausgegeben von:

Amnesty International Deutschland e. V. – Koordinationsgruppe Iran

[www.amnesty-iran.de](http://www.amnesty-iran.de)